



*Katrin Reimer-Gordinskaya • Oliver Decker • Gert Pickel (Hrsg.)*

## **DER BERLIN-MONITOR**

# **Immer noch ‚arm, aber sexy‘? Ungleiche Lebenslagen und Klassenverhältnisse in Berlin**

**Forschungsbericht zum zweiten Schwerpunkt  
der Aktivierenden Befragung im Berlin-Monitor**

*Katrin Reimer-Gordinskaya • Selana Tzschiesche*

## **Zusammenfassung**

Der Berlin-Monitor ist ein seit 2019 von der Berliner Landesstelle gegen Diskriminierung, für Gleichbehandlung (LADS) gefördertes Forschungsprojekt, durchgeführt in Kooperation der Universität Leipzig und der Hochschule Magdeburg-Stendal.

[www.berlin-monitor.de](http://www.berlin-monitor.de)

© 2023 zu Klampen Verlag, Röse 21, 31832 Springe, [zuklampen.de](http://zuklampen.de)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Autor:innen: Katrin Reimer-Gordinskaya, Selana Tzschiesche

Weitere Autor:innen: Gert Pickel, Christian Obermüller

Unter Mitarbeit von: Franka Grella-Schmidt, Zoë Edelmann

Herausgeber:innen: Prof. Dr. Reimer-Gordinskaya, Prof. Dr. Oliver Decker, Prof. Dr. Gert Pickel

Lektorat: Tilman Meckel, Britta Grell

Gestaltung und Satz: Uta-Beate Mutz, Leipzig

Druck: Books on Demand GmbH, In de Tarpen 42, 22848 Norderstedt

ISBN 978-3-86674-831-6

Gefördert durch

<b>BERLIN</b>		 <p><b>DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.</b></p> <p>Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus</p>
<p>Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung</p>		

# Inhaltsübersicht

## **Berlin: Immer noch ‚arm, aber sexy‘?**

### **1 Theoretische und methodische Grundlagen**

- 1.1 Handlungsfähigkeit in Klassenverhältnissen und angesichts von Klassismus
- 1.2 Subjektwissenschaftliche Methodologie und qualitative Methodik

### **2 Virulente Krise der Sorgearbeit in Berlin**

- 2.1 (Alleinerziehende) Frauen in prekärer Lage: Silvia, Katja, Petra und Jenny
- 2.2 Sorge um alte Menschen unter Hochdruck: Louis und Paul

### **3 Transnationales Leben in Berlin unter einem neoliberalen Migrationsregime**

- 3.1 Bedingte Freizügigkeit in der EU: Elena und Adrian
- 3.2 Unfreie IT-Arbeit in der Start-Up-Metropole: Tarik, Andi, Roman und Jacob

### **4 Arbeit an der Berliner Demokratie und Kultur unter entsicherten Bedingungen**

- 4.1 Gefährdete Freiheit. Solo-Selbstständigkeit in der Kulturhauptstadt: Nico, Ingo und Hannah *(mitverfasst von Christian Obermüller)*
- 4.2 Subjektiverte Arbeit am politischen Gemeinwesen: Miriam, Joshua und Heiko

### **5 Leben in Armut: Britta, Marianne, Yulia und Olga**

### **6 Rück- und Ausblick: Heterogene Klassensegmente, verallgemeinerbare Anliegen?**

### **7 Klassismus im Berlin-Monitor: Befunde aus der Repräsentativerhebung 2021**

*(Gert Pickel und Katrin Reimer-Gordinskaya)*

## Berlin: Immer noch ‚arm, aber sexy‘?

Es ist genau zwei Jahrzehnte her, dass der ehemalige Oberbürgermeister Klaus Wowereit Berlin als „arm, aber sexy“ bezeichnete. Tatsächlich war die Stadt um die Jahrtausendwende im Vergleich zu anderen Bundesländern mit rund 60 Milliarden Euro hoch verschuldet. Hintergrund war unter anderem die massive Deindustrialisierung, die infolge der Vereinigung nicht nur Ost-, sondern auch das während der Teilung hoch subventionierte Westberlin getroffen hatte. Zwischen 1989 und 1999 gingen 67 Prozent der Industriearbeitsplätze verloren (Krätke & Borst 2000, 7). Die Erwerbslosenquote stieg im selben Zeitraum um mehr als zwei Drittel und blieb bis 2005 auf einem Niveau von bis zu 20 Prozent (Bochum et al. 2016, 143 u. 152). Nicht zuletzt die 6 Milliarden Euro teure Rettung der landeseigenen Berliner Bankgesellschaft infolge riskanter Geschäfte unter dem CDU-geführten Senat führte in eine Haushaltskrise und 2001/2002 schließlich zum Regierungswechsel. Der rot-rote Senat begegnete der Verschuldung unter der von Wowereit ausgegebenen Maßgabe zu „sparen, bis es quietscht“, umgesetzt vom damaligen Finanzsenator Thilo Sarrazin. Es folgten Privatisierungen und Ausgliederungen sozialer Infrastrukturen der landeseigenen Unternehmen in den Bereichen Wohnen, Gesundheitsversorgung, Mobilität und Energie. So wurde Berlin zum Laboratorium des auch bundesweit austeritätspolitisch gerahmten Umbaus von Staat und Gesellschaft (Butterwegge 2014).

Dass Wowereit das arme Berlin als ‚sexy‘ anpreisen konnte, beruhte auf der Bedeutung von Subkulturen für das Leben in der Stadt. Denn während die kapitalstarken Investoren, die Berlin nach der Wende in der Vorstellung der Regierenden zur „Schaltstelle einer globalisierten Ökonomie [...] zwischen Ost und West“ (Dobrusskin et al. 2020, 336) hätten machen sollen, zunächst ausblieben, begannen andere die durch den Fall der Mauer entstandenen Freiflächen zu gestalten. Menschen mit alternativen Arbeits- und Lebensentwürfen, von Berlin auch schon vor 1989 u. a. wegen der im Vergleich zu anderen Metropolen günstigen Lebensunterhaltungskosten angezogen, etablierten entlang der Spree selbstverwaltete Wagenplätze, Techno-Clubs, Projekträume und Galerien (Dohnke 2013, 264). Seit der Jahrtausendwende begann man diesen Umstand im Sinne einer wirtschaftspolitischen Neuausrichtung imagegebend zu vermarkten, um internationale, kreative Klassen anzulocken. Im Projekt Mediaspree wird sinnfällig, wie das alternative soziokulturelle Milieu für die Entwicklung zur „Creative City“ zugleich genutzt und verdrängt wurde (Krätke 2004). Seither hat Berlin einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, den es den digitalen mehr noch als den kulturellen Dienstleistungsunternehmen verdankt (Bochum et al. 2016, 154). Neben Universal und MTV haben nun auch Zalando und Amazon entlang des alten Mauerstreifens an der Spree Platz genommen.

Die Halbierung der Arbeitslosenquote auf 9 Prozent im Jahr 2022 im Vergleich zu 2005 (Statista 2023a) scheint anzuzeigen, dass die Berliner Bevölkerung insgesamt von dieser Entwicklung profitierte. Allerdings weitete sich auch der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse aus, und dies in Berlin im Verhältnis zum Bundesgebiet überproportional (Bochum et al. 2016, 154). Im Ergebnis sind die Berliner:innen nicht weniger arm. Die Armutsquote lag 2005 bei 19,7 Prozent und liegt aktuell, im Jahr 2023, bei 20,1 Prozent (Pieper et al. 2023, 8f.). Mehr noch: Der gefeierte wirtschaftliche Aufschwung der Hauptstadt ist Ausdruck wachsender Ungleichheit (Stein 2015, 134). Denn während hochvergütete Jobs unter anderem in den digitalen Dienstleistungsunternehmen entstanden, wuchs die Anzahl der Menschen, die zu Niedriglöhnen Bürogebäude mit Spreeblick bauen oder putzen, in Call-Centern verärgerte Kund:innen beschwichtigen und trotz des kleingesparten öffentlichen Haushalts die sozialen Infrastrukturen der Stadt am Laufen halten.

Um diese Berliner:innen geht es in der vorliegenden Studie. Sie können sowohl als Erwerbslose als auch als Erwerbstätige nicht (mehr) gut leben, sind dabei mit (teils dramatischen) Handlungsproblematiken konfrontiert, die sie unterschiedlich erfahren und zu bewältigen versuchen. Im Alltag stehen sie dabei mehr oder weniger allein, zugleich ähneln ihre Erfahrungen und Umgangsweisen denen anderer Betroffener. Diese einander (fast immer) unbekanntes Einzelnen begegnen sich quasi innerhalb dieses Buchs in den Teilkapiteln, insoweit ihre jeweils besonderen Lebenssituationen zugleich auch typisch für die Lebenslagen benachteiligter sozialer Gruppen bzw. Klassensegmente (vgl. Kapitel 1.1) sind.

Nach einer Einführung in theoretische (Kapitel 1.1) und methodische (Kapitel 1.2) Grundlagen blicken wir zuerst auf die Lage alleinerziehender Frauen und ihrer Kinder (Kapitel 2.1). Mit diesem Einstieg soll auch verdeutlicht werden, dass Klassenverhältnisse den gesamten Lebenszusammenhang betreffen: das Zusammenleben mit- und die Sorge füreinander, Liebe und Begehren, die familiäre wie öffentliche Erziehung neuer Generationen, die Erwerbsarbeit. All dies versuchen die Alleinerziehenden unter prekären Bedingungen im Dienstleistungssektor (Einzelhandel, Reinigungsgewerbe) oder in Abhängigkeit vom sogenannten Arbeitslosengeld II (ALG II) zu leisten. Die angedeuteten *Geschlechterverhältnisse*<sup>1</sup> bringen sie an und über ihre Grenzen. Mit dem anschließenden Einblick in den Alltag von Altenpflegekräften (Kapitel 2.2), die vor längerer Zeit aus Westafrika nach Berlin gekommen sind, vertiefen wir das Verständnis der gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnisse unter den Bedingungen eines auf Profit ausgerichteten Gesundheitssektors, indem die gravierenden Auswirkungen auf die beruflich Pflegenden und indirekt die pflegebedürftigen Berliner:innen verdeutlicht werden.

Im dritten Kapitel folgen wir zunächst einer Finanzsachbearbeiterin und einem Elektriker, die nach Berlin zogen, weil sie in ihren Herkunftsländern in Südosteuropa

---

1 Die folgend kursiv gesetzten Begriffe verweisen auf die gesellschaftlichen Bedingungsgefüge, die im jeweiligen (Teil-)Kapitel zentral sind.

kein ausreichendes Einkommen generieren konnten (Kapitel 3.1). Was sie vereint, sind Ursachen und Konsequenzen ihrer Arbeitsmigration aus Bulgarien bzw. Rumänien: Die durch die „neoliberale Deformation Europas“ (Huffschmid 2007) bedingten ungleichen Lebensverhältnisse in der Europäischen Union und das Paradox, im niedrig entlohnten Berliner Dienstleistungssektor (Gebäudereinigung, Logistik) ein höheres Einkommen als in den Herkunftsländern generieren zu können, dies aber auch aufgrund von Effekten der besonderen Regulation der EU-Binnenmigration mit körperlichem Verschleiß, Überausbeutung und Entrechtung teuer zu bezahlen. Anschließend (Kapitel 3.2) begeben wir uns in den Alltag von migrantischen Lohnabhängigen, deren Tätigkeiten in einem großen Ausmaß mittels digitaler Technologien gesteuert werden bzw. diese voraussetzen (Essenslieferant:innen, Call-Center-Agents) oder zu deren Produktion beitragen (IT-Ingenieur:innen). Während Letztere zur sogenannten digitalen Bohème (Friebe & Lobo 2006) gezählt werden könnten, gehören Erstere zur Mehrheit des digitalen Kybertariats (Huws 2021). Im Vordergrund des gesamten dritten Kapitels steht die Bedeutung der unterschiedlichen *Migrationsregime für das Leben und Arbeiten* von Berliner:innen und deren solidarische Umgangsweisen angesichts von Überausbeutung und Entrechtung.

Im vierten Kapitel wenden wir uns Produzent:innen des kreativen Berlins, seiner alternativen und subkulturellen Lebensweisen und demokratischen Zivilgesellschaft zu. Dabei geht es zunächst um eine studierte bildende Künstlerin, um einen Türsteher der imagebildenden Clubszene und um einen queeren Handwerker in kollektiven Lebens- und Arbeitszusammenhängen (Kapitel 4.1). In den Zeiten des fordistischen Klassenkompromisses war ein bescheidenes Künstler:innen-Dasein lebbarer, heute stehen die prekären Solo-Selbstständigen zunehmend unter Druck. Der Kontrast zwischen ihrer Bedeutung für das Image der Stadt sowie für Spielräume marginalisierter Gruppen in dieser auf der einen und ihrer eigenen unsicheren Lebenslage auf der anderen Seite trifft in etwas weniger dramatischer Weise auch für selbstständige und befristet angestellte Professionelle in der Demokratiearbeit zu (Kapitel 4.2). In den Schilderungen einer Projektleiterin und eines Mitbegründers eines Bildungskollektivs wird deutlich, dass diese gut qualifizierte und hochspezialisierte Gruppe die *Deregulierung, Subjektivierung und Prekarisierung ihrer Erwerbsarbeit* lange mitbetrieben und akzeptiert hat, diesen Tendenzen in den vergangenen Jahren jedoch auch durch Betriebsratsgründungen entgegenwirkt.

Im fünften Kapitel stehen wiederum Frauen im Zentrum, und zwar solche, die über lange Zeit im und mit dem *Hartz-IV-Regime* leb(t)en bzw. zu ihrer Rente aufstockende *Grundsicherung* beziehen müssen. Sie haben Berufe erlernt (Diplomkauffrau, Versicherungsfachangestellte, Lehrerin), eine von ihnen ist ein Multitalent, die andere hat ihre Familie nach dem Zusammenbruch der UdSSR aus der Ukraine nach Deutschland gelotst, und eine dritte war als Weltenbummlerin und Schulleiterin in Asien unterwegs und tätig. Wir zeichnen nach, wie sie trotz sexueller Gewalterfahrungen, psychischen Leids, ungewollter Schwangerschaften, institutionalisiertem Antisemitismus und Klassismus ihre Würde bewahrt, Kinder großgezogen, Lebenspartner mitversorgt und Freundschaften geknüpft haben. Dabei schließt sich der Kreis

in zwei Hinsichten: Erstens müssen unter den gegenwärtigen Klassenverhältnissen die einen zu viel und unter schlechten Bedingungen arbeiten, während die anderen in bestimmten Hinsichten zur Untätigkeit in Armut gezwungen werden. Weder die Freisetzung aus der Erwerbsarbeit noch diese selbst bringen die Menschen einem guten Leben näher. Zweitens droht die in diesem Kapitel besonders deutlich werdende Lebenslage *Altersarmut*.

Im Rück- und Ausblick (Kapitel 6) geht es um Erfahrungen, die all diese unterschiedlichen Berliner:innen teilen und die insofern Ausgangspunkt für gruppenübergreifende Zusammenschlüsse sein könnten. Insgesamt wird in den Kapiteln 2 bis 6 ein bestimmter Ausschnitt von Berliner Klassenverhältnissen sichtbar gemacht, indem unterschiedliche Erfahrungen von und Umgangsweisen mit klassenbedingten Ungleichheiten beschrieben sowie gemeinsame Lebenslagen und Interessen als Grundlage kollektiver Handlungsfähigkeit (re)konstruiert werden. Neben dem dazu genutzten subjektwissenschaftlich-qualitativen Ansatz wurde zur Untersuchung von Klassismus auch eine quantitativ-statistische Repräsentativbefragung auf der Grundlage einer eigens dazu konstruierten Skala durchgeführt. Die deskriptiven und analytischen Ergebnisse zu Einstellungen der Berliner Bevölkerung zu ‚Klassismus‘ werden im siebten Kapitel dargestellt.

Seit einigen Jahren ist die Kritik an der Verbreitung von Armut, unbezahlbaren Mieten, Anschlägen auf Wohnungslose und nicht zuletzt prekärer Arbeit in Berlin deutlicher vernehmbar. Dies verweist auf eine größere Sensibilität für klassenbedingte Formen der Ausgrenzung, Ausbeutung und Gewalt auch unter denjenigen Berliner:innen, die davon gegebenenfalls (noch) nicht unmittelbar betroffen sind. Zugleich zeugen Kampagnen wie *Deutsche Wohnen & Co. enteignen* und *Mehr von uns ist besser für alle* von erfolgreicher Mobilisierung und Organisation von betroffenen Berliner:innen, die sich für mehr materielle Teilhabe, Mitbestimmung und Qualitätsverbesserungen in Bezug auf lebensnotwendige Infrastrukturen einsetzen. Und mit der bundesweit weiterhin einmaligen Ausweitung des Diskriminierungsschutzes auf das Merkmal sozialer Status im Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) sowie der Förderung erster Projekte gegen Klassismus im Rahmen des Berliner Landesprogramms *Demokratie, Vielfalt, Respekt* ist begonnen worden, die Leerstelle ‚Klasse‘ im öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Einsatz gegen Diskriminierung zu füllen. Vor diesem Hintergrund will die vorliegende Studie dazu beitragen, das Engagement für eine demokratische Alltagskultur in Berlin in einer Perspektive der Überwindung von klassenbedingten sozialen Ungleichheiten zu stärken.

Wir danken allen Interview-Partner:innen dafür, ihre Erfahrungen, Gedanken, Emotionen, Wünsche und ihr Wissen mit uns geteilt zu haben, und hoffen, all diesen in der Darstellung gerecht geworden zu sein.

Stendal und Berlin

*Katrin Reimer-Gordinskaya und Selana Tzschiesche*

## 2 Virulente Krise der Sorgearbeit in Berlin

### 2.1 (Alleinerziehende) Frauen in prekärer Lage: Silvia, Katja, Petra und Jenny

#### Zusammenfassung

Die Lebensläufe und Erfahrungen von Katja, Petra, Jenny und Silvia werfen Schlaglichter auf Handlungsproblematiken und Bedingungen, die für das Leben von (alleinerziehenden) Frauen in prekären Berliner Verhältnissen charakteristisch sind: Familie und Schule fungieren als Platzanweiser in der Sozialstruktur, Schwangerschaften unterbrechen Ausbildungswege mit langfristigen Folgen für die Erwerbsbiografie, ungleiche Geschlechterarrangements und patriarchale Gewalt führen dazu, dass Frauen das Leben als Alleinerziehende dem Verbleib in einer Kleinfamilie vorziehen. Als Arbeitskräfte mit geringer Marktmacht landen Alleinerziehende überdurchschnittlich oft im Niedriglohnssektor oder, auch aufgrund der nachrangigen Vergabe von Kita-Plätzen, häufig im ALG-II-Bezug. Das deutlich höhere Armutsrisiko materialisiert sich für die Frauen und ihre Kinder im Verzicht u. a. auf kulturelle Teilhabe, zudem ist die Einkommensarmut mit der Aussicht auf Altersarmut (vgl. Kapitel 5) verknüpft. Neben der materiellen Prekarität ist der Familienalltag durch strukturell nicht bewältigbare zeitgleiche Anforderungen gekennzeichnet. Erwerbsarbeit, unbezahlte Sorgearbeit und Zeit füreinander und sich selbst sind allein nicht unter einen Hut zu bringen, sodass Sorgelücken entstehen, die das reproduktive Netz der Frauen und ihrer Kinder ausdünnen. Dank großer Kraftanstrengungen sichern die Frauen ihr Leben und das ihrer Kinder. Zur Existenzsicherung sind sie auf informelle Unterstützungsnetzwerke angewiesen, die teilweise familiär, freundschaftlich oder nachbarschaftlich organisiert werden, deren Vorhandensein aber – anders als ein rechtlicher Anspruch – nicht einklagbar ist. Das Arrangement ist fragil. Im ‚Vereinbarkeitskonflikt‘ zwischen Erwerbsarbeit und Sorge für andere bleibt die Sorge für sich selbst auf der Strecke – mit entsprechenden psychischen und gesundheitlichen Konsequenzen. Im Hintergrund wirken die einleitend skizzierten und im Verlaufe der Darstellung herausgearbeiteten gesellschaftlichen Organisationweisen von Erwerbsarbeit, häuslich-unbezahlter und öffentlich-bezahlter Sorgearbeit sowie Geschlechterverhältnissen und Migrationsregimen (vgl. Kapitel 3.1). Mit Blick auf ihre Lebensverläufe und Lage stehen bei den Protagonistinnen dieses Kapitels solidarische und abgrenzende, akzeptierende und empörte Verarbeitungsweisen in ihrer Widersprüchlichkeit nebeneinander. Um die relevanten Bedingungsgefüge in Richtung Anerkennung und solidarische Vergesellschaftung unbezahlter Sorgearbeit, Entprekarisierung von Erwerbsarbeit etc. zu verändern, bedarf es kollektiver Organisationsformen, die für unbezahlte Sorgearbeiterinnen wie Katja, Silvia, Petra und Jenny zugänglich(er) wären. Anknüpfen könnten entsprechende Initiativen und Organisationen jedenfalls an ihre solidarisch-transformativen Haltungen.

## 2.2 **Sorge um alte Menschen unter Hochdruck: Louis und Paul**

### **Zusammenfassung**

Die Erfahrungen von Paul und Louis werfen Schlaglichter auf Handlungsproblematiken und Bedingungen, welche die berufliche Sorgearbeit und das Leben von Sorgearbeiter:innen und -bedürftigen in Berlin durchziehen: Angesichts eines Migrationsregimes und Arbeitsmarktes, die ihnen kaum andere Teilhabemöglichkeiten eröffnen, ist der Einstieg in ein dequalifiziertes Segment des Pflegeberufes eine Chance auf Aufenthalt und Einkommen. Die durch die Ökonomisierung des Pflegesektors bedingte Stratifizierung des Berufs geht indes mit der Abspaltung und Abwertung körpernaher und sozial-kommunikativer Sorgetätigkeiten und entsprechend geringerer Bezahlung der Pflegehelfer:innen einher. Das steht in deutlichem Kontrast zu der Bedeutung dieser Tätigkeiten für das Wohlergehen der Sorgebedürftigen und bringt darüber hinaus die Sorgearbeiter:innen mit ihren Kindern in prekäre Lebenslagen. Die ebenfalls durch die Ökonomisierung des Sektors bedingte Rationalisierung der Pflege durch Überbelegung, Unterbesetzung und Verdichtung von Arbeitsprozessen kompensieren die Beschäftigten auf Kosten ihrer physischen und psychischen Gesundheit, um einen gewissen Versorgungsstandard für die sorgebedürftigen Berliner:innen aufrechtzuerhalten. Hinzu kommen Konflikte mit Angehörigen und die Notwendigkeit, einen Umgang mit Rassismus von Seiten von Pflegebedürftigen, Kolleg:innen und Angehörigen zu finden. In der Gefährdung des Wohlergehens der Sorgearbeiter:innen und Sorgebedürftigen manifestiert sich die Krisenförmigkeit der neoliberalen Regulation beruflicher Sorgearbeit, die Risiken externalisiert und individualisiert. Die Ausnahmeregelungen für vulnerable Segmente des Arbeitskraftreservoirs und die Übernahme des Schulgeldes in Berlin sowie bundesweiten Lohnuntergrenzen mögen einen Kollaps vermeiden helfen, kompensieren aber nicht annähernd den bundesweiten Fehlbedarf von mindestens 5 Milliarden Euro für gut qualifizierte und bezahlte Pflegekräfte. Ähnlich wie und zugleich anders als in der unbezahlt-familiären Sorge für Kinder (vgl. Kapitel 2.1) können die Betroffenen im Zusammenschluss mit anderen die schlimmsten Folgen des ökonomisierten Systems abwenden, indem sie sich solidarisch auch gegen den Druck von Geschäftsleitungen bspw. darin unterstützen, verwehrt Freizeiten zu nehmen, um sich regenerieren zu können. Wo innerhalb der Teams indes die gegenseitige Konkurrenz dominiert und sie somit als Zwangsjacke empfunden werden, sind individuelle Exitstrategien (Leiharbeit, Berufswechsel) funktionaler. Zwar sind Betriebsräte vorhanden, die den Risiken für Beschäftigte und Pflegebedürftige etwa mit Überlastungsanzeigen begegnen, jedoch ist die gewerkschaftliche Organisation in den Belegschaften eher die Ausnahme. Die in den letzten 15 Jahren in Berlin entwickelten Strategien der Organisation von Krankenpflegekräften und ihre erfolgreichen Kämpfe eröffnen Perspektiven auch für Altenpflegekräfte – so etwa mit Blick auf die Einsicht, dass Arbeitskämpfe nicht gegen die berufliche Fürsorgeethik verstoßen, sondern gerade im Interesse der Pflegebedürftigen liegen („Mehr von uns ist besser für alle.“) und

es möglich ist, Kämpfe der segmentierten Berufsgruppen aufeinander zu beziehen. Ein anderer Ansatzpunkt für eine strukturelle Verbesserung der Pflege wäre, den Pflegesektor durch bundespolitische Maßnahmen an gemeinnützigen Zielen auszurichten, so wie es in anderen Bereichen der verberuflichten Sorgearbeit (Kinder- und Jugendhilfe) Standard ist. Dies könnte auch der einsetzenden Finanzialisierung der Pflege Einhalt gebieten, die mit dem Einstieg von Investmentfonds den Rationalisierungsdruck erhöht, das Wohlergehen von Beschäftigten und Sorgebedürftigen daher noch stärker gefährdet und im Falle von Insolvenzen die Kosten der Allgemeinheit aufbürdet. Eine demokratische Alternative praktizieren die *Sorgenden Städte* Spaniens, in denen Sorge der Marktlogik entzogen und rekommunalisiert wird. Dort wird Sorgearbeit als wichtiger Bereich der Ökonomie begriffen und die Gestaltung des politischen Prozesses ‚partizipativ‘ zwischen Politik, Verwaltung und Initiativen bzw. Bewegungen gestaltet.

## **3 Transnationales Leben in Berlin unter einem neoliberalen Migrationsregime**

### **3.1 Bedingte Freizügigkeit in der EU: Elena und Adrian**

#### **Zusammenfassung**

In diesem Teilkapitel wurde entlang der Erfahrungen von Elena, Adrian und ihrem Umfeld geschildert, wie bedingt und prekär die EU-Freizügigkeit für Berliner:innen aus Südosteuropa ist. Extrem ungleiche Lebensverhältnisse innerhalb der Europäischen Union motivieren eine Binnenmigration. Eine spezifische, antiziganistisch aufgeladene Kombination aus Arbeits-, Sozial- und Aufenthaltsrecht bringt Zwangslagen hervor, in denen Überausbeutung und Arbeitsrechtsverstöße toleriert werden (müssen). Hinzu kommt eine ebenfalls antiziganistisch aufgeladene institutionelle und interaktive Diskriminierung in Jobcentern und Sozialämtern und der hochschwellige private Rechtsweg reduziert die Chancen nachträglicher Rechtsdurchsetzung. Die durch diese Bedingungsgefüge entstehende und verfestigte Lebenslage „multipler Prekarität“ (Birke 2022) kennzeichnet ein auf spezifische Weise migrantisiertes Klassensegment in Berlin. Die betroffenen EU-Bürger:innen finden individuelle und in der Community unterstützte Umgangsweisen, agieren an bestimmten Schwellen offensiv-widerständig und setzen sich für kollektiven Widerstand gegen Überausbeutung und Entrechtung ein. In Beratungsstellen finden sie eine wichtige und in zahlreichen Einzelfällen erfolgreiche anwaltschaftliche Vertretung. Diese teils aus Selbstvertretungsinitiativen hervorgegangenen Einrichtungen sind indes chronisch überlastet, in ihrer Existenz selbst nicht abgesichert und mit zu geringen Befugnissen ausgestattet. Für eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU sowie für einen Schutz vor Überausbeutung und Entrechtung bedarf es grundlegender arbeitsmarkt-, sozial- und aufenthaltsrechtlicher Re-Regulierungen auf EU- und Bundesebene. In Berlin kann antiziganistisch aufgeladenen Praxen institutioneller und interaktiver Diskriminierung in Jobcentern und Sozialbehörden entgegengewirkt und die anwaltschaftliche Vertretung von Betroffenen durch nachhaltige Förderung gestärkt werden.

## 3.2 UnFreie IT-Arbeit in der Start-Up-Metropole: Tarik, Andi, Roman und Jacob

### Zusammenfassung

In diesem Teilkapitel wurden ausgehend von der zentralen Bedeutung von Plattformunternehmen im Alltag entlang der Erfahrungen von Tarik, Andi, Roman und Jacob beschrieben, wie (un-)frei sich die Arbeit in diesen für die transnationale Produktions- und Lebensweise des High-Tech-Kapitalismus typischen Branchen vollzieht. Dabei teilen die mehrheitlich migrantischen IT-Arbeiter:innen eine plurale Lebenswelt im für sie attraktiven Berlin und sind zugleich entlang von Tätigkeiten, Einkommen und Freiheitsgraden hierarchisch differenziert. Die gut bezahlten IT-Ingenieur:innen gehören zu den umworbenen ‚Internationals‘, während Call-Center-Agents, Rider und dergleichen die Masse der prekär beschäftigten IT-Dienstleister:innen auch deshalb stellen, weil sie ihre Arbeitskraft im bestehenden Migrationsregime anderweitig nur schwer verkaufen können. Zudem sind sie im Arbeitsalltag sowohl von Varianten der weitreichenden Reduktion von Kosten und Externalisierung von Risiken (Outsourcing, Offshoring, mangelnde Sanitäreinrichtungen, erzwungener Einsatz privater Arbeitsmittel etc.) als Unternehmensstrategie betroffen als auch Objekt des umfassenden Zugriffs auf ihre Zeit im Namen von Flexibilität und der neo-tayloristischen Steuerung ihrer Arbeitsabläufe durchs Management mit Hilfe von Informationstechnologien. Die digitalisierte Steuerung der Arbeitsprozesse schränkt den Einsatz ihrer arbeitsbezogenen Kompetenzen – auch zur selbstbestimmt-kooperativen Lösung auftretender Probleme – ein. Die digitalisierte Kontrolle (transparente oder intransparente Ranking-, Bewertungs- und Bonussysteme; Kontrolle von Kommunikationswegen; Partialisierung und Exklusivität des Einblicks in Kennzahlen etc.) stiftet Konkurrenz sowohl innerhalb als auch zwischen Organisationseinheiten und vertieft die Segmentierung und Hierarchisierung der IT-Arbeiter:innen, deren Beziehungsaufbau durch räumliche und funktionale Trennungen ohnehin erschwert ist. In den letzten Jahren ist gegen den vielfältigen Widerstand der Unternehmen eine Welle erfolgreicher kollektiver Organisation durch Betriebsratsgründungen in Plattformunternehmen zu verzeichnen, die zunächst die Trennung von den IT-Ingenieur:innen und den IT-Dienstleister:innen reproduzierten. Beide Gruppen bzw. ihre Organisationen arbeiten mittlerweile an einer solidarischen und überbetrieblichen Verbindung, unter anderem in der *Tech Workers Coalition*. Dort wird auch debattiert, wie der Einsatz für arbeitsplatzbezogene Interessen mit weiterreichenden gesellschaftlichen Transformationsperspektiven verbunden werden kann.

## **4 Arbeit an der Berliner Demokratie und Kultur unter entsicherten Bedingungen**

### **4.1 Gefährdete Freiheit. Solo-Selbstständigkeit in der Kulturhauptstadt: Nico, Ingo und Hannah**

*mitverfasst von Christian Obermüller*

#### **Zusammenfassung**

Hannah, Ingo und Nico hatten zwar nicht die freie Wahl zwischen einer beruflichen Tätigkeit als Solo-Selbstständige oder als Angestellte, schätzen den selbstständigen beruflichen Status aber aufgrund der inhaltlichen Gestaltungsspielräume und flexiblen Form der Arbeitsorganisation. Sie legen Wert darauf, in und mit ihrer Arbeit Ziele realisieren zu können, die für sie subjektiv von Bedeutung sind. Sie schätzen es, ihre Arbeitszeiten flexibel gestalten zu können und sich so auch längere Phasen am Stück ohne Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Darüber hinaus ist es ihnen wichtig, die Arbeitszeit so in ihren Lebenszusammenhang zu integrieren, dass genug Raum für anderes bleibt, beispielsweise für die Selbstverwaltung der solidarischen Strukturen, in denen sie leben und arbeiten, das Pflegen von Freundschaften und unbezahlte humanitäre und politische Arbeit. Diesen Anspruch zu realisieren, also Erwerbsarbeit nachzugehen um im Leben andere Dinge zu tun, gelingt ihnen immer weniger. Im Gegenteil scheint sich der Bereich der Erwerbsarbeit zeitlich und strukturell auf andere Lebensbereiche auszuweiten: Die Interviewten arbeiten teils deutlich über 40 Stunden pro Woche, befinden sich auch noch nach Feierabend oder während ihrer Auslandsaufenthalte in räumlichen und sozialen Kontexten, die von (den organisatorischen Aspekten) ihrer Erwerbsarbeit geprägt sind und haben im Alltag den Eindruck, dass kaum Zeit für anderes bleibt. Die Ausweitung ihrer Arbeitszeit und einer unternehmerischen Logik auf andere soziale Beziehungen führt zu teils erheblicher psychischer und physischer Belastung. Dabei ist die Lebenssituation der Interviewten nicht unwesentlich von Prekarität geprägt. Die Höhe ihres Einkommens genügt nicht für den Aufbau von Rücklagen, die sie ohne entsprechende vertragliche Rechte oder Sozialversicherungen bräuchten, um sich gegen Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit abzusichern oder eine signifikante Rente akkumulieren zu können. Die Covid-19-Pandemie hat ihnen selbst diese Prekarität vor Augen geführt und sie verstärkt. Die kollektiven Wohnstrukturen der Interviewten bieten einen gewissen Schutz gegen die materielle Prekarisierung, sind jedoch durch die neoliberale Stadtentwicklung bedroht. Die Erfahrungen von Solidarität und wechselseitiger Fürsorge, die sie in diesen gesammelt und an denen sie dort mitgewirkt haben, tragen sie auch in ihr Berufsleben und haben dort Vernetzung und Organisation mit angestoßen, die die mit der solo-selbstständigen Tätigkeit einhergehende Unsicherheit in einem gewissen Rahmen abfedern können.

## 4.2 Subjektivierte Arbeit am politischen Gemeinwesen: Miriam, Joshua und Heiko

### Zusammenfassung

Entlang der Erfahrungen von Miriam, Joshua und Heiko sowie Tina und Ines wurde deutlich, dass und wie Demokratiewerk, also Bildungs-, Beratungs- und Netzwerkarbeit, die auf die Gestaltung des politischen Gemeinwesens bezogen ist, im doppelten Sinne subjektiviert ist. Sie wird einerseits als gesellschaftlich besonders relevante Arbeit angesehen, angestrebt und mit Überzeugung getan. Andererseits geraten die Demokratiewerker:innen in Konflikt mit den Arbeitsbedingungen, die den Rahmen ihrer Tätigkeiten bilden und die sich zwischen den Polen weitgehender Fremdbestimmtheit in der Solo-Selbstständigkeit, Teilautonomie in der Duo- und kollektiven Selbstständigkeit sowie in Angestelltenverhältnissen aufspannen. Und auch wenn die konkrete Gestalt der negativen Konsequenzen sich in diesen Konstellationen jeweils unterscheidet, kreisen diese übergreifend um drei Handlungsproblematiken: die Entgrenzung und Verdichtung der Erwerbsarbeitszeit sowie unbezahlte Mehrarbeit; Einkommen, die den Lebensunterhalt nicht dauerhaft oder nur als Zuverdienst im Haushalt mitsichern und die für die hochqualifizierte Tätigkeit nicht angemessen sind, sowie die Erwerbsunsicherheit angesichts von Konkurrenz und Befristungen. Damit ist die Demokratiewerk von wesentlichen Dynamiken prekärer Arbeit durchdrungen, die zu Beginn der 2000er-Jahre in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung bereits virulent waren und mit den Förderstrukturen des ‚zivilgesellschaftlichen Ansatzes‘ seit den 2000er-Jahren nicht gemildert, sondern ausgeweitet und verstetigt wurden. Dabei akzeptiert(e) ein großer Teil der Demokratiewerker:innen diese Zumutungen nicht obwohl, sondern weil dieser Arbeit gesellschaftliche Relevanz im Sinne der Sorge ums Gemeinwesen beigemessen wird. In der Folge sind individualisierte bzw. privatförmige Umgangsweisen mit den negativen Konsequenzen wie eine rationalisierte Lebensführung und die Bezuschussung durch gut verdienende Partner:innen oder der Berufsausstieg naheliegend. Zwischenzeitlich sind aber auch kollektive Umgangsweisen entstanden, die weniger die Symptome als die Ursachen der Handlungsproblematiken angehen. Die seit etwa 2010 im Feld der Demokratiewerk auftretenden Initiativen zur Etablierung von Interessenvertretungen und Betriebsräten trafen zunächst auf Widerstände durch Geschäftsführungen, waren aber mittlerweile bei einigen Trägern erfolgreich und sind bei anderen in der Diskussion. Mit ihrer Hilfe können Interessenkonflikte zwischen den Beschäftigten und den Leitungen etwa um Arbeits- und Urlaubszeiten geschützter ausgeglichen werden. Und während die Verdi-Betriebsgruppe des Anne-Frank-Zentrums 2018 einen Haustarifvertrag erstritt, den sie in ihrem aktuellen Arbeitskampf im Jahr 2023 zu verbessern sucht, ist die Etablierung eines Tarifvertrags für die Demokratiewerk noch Zukunftsmusik, wird allerdings ebenso wie die Anerkennung als Profession als lohnenswerte Perspektive angesehen. Inwieweit es in den kommenden Monaten und Jahren gelingt, die der Abwertung der Demokratiewerk zugrunde liegenden Geschlechterverhältnisse einzubeziehen und den

Einsatz für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen der eigenen Gruppe als Teil der Arbeit am „großen Ganzen“ zu verstehen und im Verein mit anderen Segmenten der arbeitenden Klasse zu gestalten, ist offen.

## 5 Leben in Armut: Britta, Marianne, Yulia und Olga

### Zusammenfassung

Entlang der Erfahrungen von Britta, Yulia und Olga, Marianne, Katja mit ihren Kindern, Jenny, Petra und Silvia wurde deutlich: Armut trifft Berliner:innen unterschiedlicher Herkunft und in allen Altersstufen. Die Protagonist:innen sind biografisch und strukturell betrachtet aus unterschiedlichen Gründen in Armutslagen geraten. Wesentliche ursächliche Bedingungsgefüge sind dabei schwere Erkrankungen sowie Erwerbsarbeit im Niedriglohnsektor, Bezug von ALG II und geringe Renten und Grundsicherung. Mit diesem Einkommen liegen sie unter der Armutgefährdungsschwelle und müssen, je länger diese Konstellation andauert, umso mehr auf gesellschaftlich übliche Teilhabemöglichkeiten verzichten. Soziokulturelle Teilhabe, also der Besuch von Kino, Oper, Ballett, klassischen Konzerten, dem Zoo oder Tiergarten, Restaurants u. a. m., ist ihnen nicht möglich. Neben dem soziokulturellen schrumpft auch ihr geografischer Bewegungsradius, weil sie sich schon die Mobilität innerhalb Berlins kaum leisten können und Reisen über die Stadtgrenzen hinaus gar nicht oder nur in absoluten Ausnahmefällen denkbar sind. Ihre Wohnungen werden so weniger zum Rückzugsort als zum einzigen Ort, an dem sie sich aufhalten können. Sie versuchen daher, diesen möglichst schön zu gestalten, oder leiden unter der Enge und der eingeschränkten Ausstattung und Qualität. Der in anderen Teilhabebereichen geübte Verzicht ermöglicht es ihnen, lebensnotwendige Nahrungsmittel in einem begrenzten Umfang zu kaufen, eine gesunde Ernährung sicherzustellen ist aber kaum möglich, und ohne die Gaben der Berliner Tafeln würde die physische Existenzsicherung brüchig. Größere Ausgaben können sich die Protagonist:innen nicht leisten, sie reduzieren daher die Nutzung von Haushaltsgeräten, die teils eine letzte Brücke zur Außenwelt darstellen und eine minimale kulturelle Teilhabe ermöglichen. Der mögliche Defekt solcher Geräte oder andere plötzlich notwendig werdende größere Ausgaben versetzen sie in Sorge und Angst, weil sie entweder noch weitere Einschränkungen hinnehmen, ihre Wohnungen verlassen oder Kredite aufnehmen müssten. Letzteres versuchen sie mit großer Mühe und über lange Zeit erfolgreich zu vermeiden, können aber teils letztlich nicht verhindern, sich zu verschulden und in die Dynamik einer Verschuldungsspirale zu geraten. Das Leben in Armut bedeutet zwangsläufig, kurz- und langfristige Strategien zu entwickeln, um die eigene Existenz in physischer und psychischer Hinsicht sichern zu können. Alle Protagonist:innen tun dies auf unterschiedliche Weisen. Dazu gehören alltägliche Mikropraktiken wie der bewusste Verzicht auf Lebensqualität und Teilhabe, die Einschränkung des geografischen und sozialen Radius, die Recherche nach vergünstigten Angeboten oder kostenlosen Möglichkeiten des Konsums, der Zusammenschluss mehrerer Einkommen in einem Haushalt und Zuverdienste im informellen Sektor und auf dem zweiten Arbeitsmarkt; zudem werden immaterielle Werte hervorgehoben und Oasen des Wohlbefindens verteidigt. Die Haltungen der Protagonist:innen erstrecken sich vom teils erfolgreichen, teils verlorenen Kampf für die eigenen Rechte über die subjektive Akzeptanz ihrer Lage bis hin zu

Resignation und Verzweiflung. Diese Unterschiede korrespondieren mit der Dauer ihrer Armutslage und den vorhandenen oder mangelnden sozialen Netzwerken und darüber vermittelten emotionalen und finanziellen Ressourcen. Ohne die weitgehend ehrenamtlich organisierte Gabenökonomie der Berliner Tafeln wären die Protagonist:innen vielfach nicht in der Lage, ihre Ernährung und somit das absolute Existenzminimum sicherzustellen. Ihre Lage verstehen sie teils als eine kollektive und identifizieren sich als Teil einer benachteiligten Gruppe, teils lehnen sie dies explizit ab oder lassen es offen. Kritik an ursächlichen Bedingungsgefügen wird teils offensiv, teils sehr zurückhaltend artikuliert und teils für unnötig befunden. Ebenso verhält es sich mit konkreten Forderungen zur Verbesserung ihrer jeweiligen Lage. Die Assoziation von armutsbetroffenen Berliner:innen, die sich wie die Protagonist:innen hinsichtlich ihrer Zugehörigkeiten und der jeweils ursächlichen Bedingungsgefüge unterscheiden, wird teils durch rassistische und klassistische Distinktion verbaut, teils angesichts solidarischer Äußerungen denkbar.

## 6 Rück- und Ausblick: Heterogene Klassensegmente, verallgemeinerbare Anliegen?

In den Kapiteln 2 bis 5 wurde deutlich, wie heterogen die Positionen und Lagen in Berliner Klassenverhältnissen sind und mit welchen unterschiedlichen Handlungsproblematiken sie verknüpft sind. Es ging um Katja, Silvia, Petra und Jenny, die ihre Kinder mit und trotz ihrer Einkommen im Niedriglohnsektor über lange Strecken oder gänzlich alleine umsorg(t)en; Louis und Paul, die als Geflüchtete in die Bundesrepublik Deutschland kamen und in der stationären Altenpflege u. a. demenz-erkrankte Senior:innen versorgen; Elena und Adrian, die Südosteuropa auf der Suche nach einer lebenswerteren Zukunftsperspektive verließen und in Berlin mit Überausbeutung und Entrechtung konfrontiert wurden; Tarik, Andi und Roman, die Berlin zu ihrer Wahlheimat machten und sich mit digitalisierter Fließbandarbeit auf dem Fahrrad oder am Telefon finanzieren; Nico, Ingo und Hannah, die in ihrer Erwerbsarbeit und Freizeit Berliner (Sub-)Kulturen weiterentwickeln, als Solo-Selbstständige mit alternativen Arbeits- und Lebensentwürfen aber davon bedroht sind, selbst aus der Stadt verdrängt zu werden; Miriam, Heiko, Joschua, Tina und Ines, die aus Überzeugung die Berliner Alltagskultur gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verteidigen, sich aber wegen der Prekarität der Arbeitsverhältnisse fragen, wie lange ihre Lebensumstände es ihnen noch erlauben, diese Arbeit zu machen; Marianne, Britta, Yulia und Olga, die – ähnlich wie Silvia, Jenny und Petra – mit vielfältigen Strategien ein Leben in Armut meistern, weil ihre Erwerbsbiografien krankheitsbedingt unterbrochen wurden oder sie trotz langer Berufstätigkeit keine hinreichenden Einkommen und Renten erzielen. Dass sich die Lebensläufe, Handlungsproblematiken und Umgangsweisen der Protagonist:innen einer jeweiligen Gruppe ähneln, unterscheidet sie zunächst von den anderen Gruppen. Mit Blick auf die Möglichkeit, kollektive Handlungsfähigkeit durch die Assoziation dieser Klassensegmente zu verallgemeinern, gilt es indes auch zu fragen: Was haben die Protagonist:innen der verschiedenen Gruppen womöglich gemeinsam? Gibt es geteilte Erfahrungen, ähnliche Handlungsproblematiken und Umgangsweisen über diese Klassensegmente hinweg? Im folgenden Rück- und Ausblick werden exemplarische Schlaglichter auf solche potenziell verbindenden Anliegen geworfen. Dabei werden bereits vorgestellte Ergebnisse aufgegriffen, ergänzt und quer zu den sozialen Gruppen bzw. Klassensegmenten als etwas potenziell Verbindendes herausgestellt. Diese Schlussbetrachtung deutet die Richtung für weiterführende Auswertungen und Forschungen an und kann ebenso wie die vorherige Darstellung Anknüpfungspunkt für politisches Handeln in Richtung auf kollektive Handlungsfähigkeit (Kapitel 1.1; Reimer-Gordinskaya & Tzschiesche 2023) sein.

## 7 **Klassismus im Berlin-Monitor: Befunde aus der Repräsentativerhebung 2021**

*Gert Pickel und Katrin Reimer-Gordinskaya*

### **Fazit und Zusammenfassung**

- Es lässt sich sagen, dass Klassismus mit den verwendeten Indikatoren auf der Einstellungsebene gut gemessen wird. Klassismus ist den Ergebnissen nach ein latentes Phänomen oder einfacher gesagt: Realität auf der Einstellungsebene.
- Klassistische Einstellungen sind in Berlin in beachtlichem Umfang verbreitet. Bei einem Drittel der hier Befragten zeigt sich ein relativ tiefsetzender Klassismus, etwa die Hälfte stimmt Aussagen zu, die sich gegen Langzeitarbeitslose richten.
- Langzeitarbeitslose werden vor dem Hintergrund der Annahme gleicher Chancen und Möglichkeiten in einer „Leistungsgesellschaft“ in besonderer Weise abgewertet. Sie werden vor dem Hintergrund persönlicher Verantwortlichkeit pauschal als Menschen gesehen, die sich nicht angestrengt haben und der Allgemeinheit „auf der Tasche liegen“.
- Zwar findet die Annahme einer Normalität von Rang- und Statusunterschieden nur bei 20 bis 30 Prozent der Berliner:innen Zustimmung und trifft auf eine deutlich höhere Ablehnung. Gleichwohl ist anzunehmen, dass Elemente dieser Vorstellung von Leistungsgerechtigkeit strukturell – also über offene Äußerungen hinausgehend – in der Gesellschaft verankert sind. Man kann von einem strukturellen Klassismus der auf Leistung programmierten deutschen Gesellschaft sprechen.
- Dem wirkt die in Berlin weit verbreitete Überzeugung, es müsse Bedürfnisgerechtigkeit geben (ca. zwei Drittel der Berliner:innen vertritt diese Position), entgegen, allerdings ist sie in ihrer Wirkung etwas weniger stark. Es ist zu vermuten, dass dies zum einen daran liegt, dass Bedürftigkeit ganz unterschiedlich interpretiert werden kann, zum anderen daran, dass der Leistungsgedanke auch in dieser Gruppe wirkmächtig ist. Allerdings sind an Bedürfnisgerechtigkeit orientierte Überzeugungen anschlussfähig, weniger für Empowerment als für die Unterstützung von sozial Schwachen – teilweise in Form von Almosen.
- Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit werden besonders stark von Menschen mit hoher Bildung und höherem sozialen Status vertreten, während ein egozentrisches Leistungsstreben vor allem bei jüngeren Berliner:innen vorzufinden ist.
- Generell ist festzustellen, dass der Erhalt von gesellschaftlichen Machtstrukturen – gemessen über soziale Dominanzorientierung – eine starke Wirkung auf Klassismus, und Gerechtigkeitsvorstellungen hat. So steht die soziale Dominanzorientierung nicht nur in einem starken positiven Bezug zu Leistungsgerechtigkeit, sondern in einem fast ebenso negativen Bezug zur Bedürfnisgerechtigkeit.

- Deswegen ist es auch wenig überraschend, wenn sich starke Beziehungen zu Vorurteilen und Abwertung ergeben. Hohe empirische Korrelationen weisen auf eine Verzahnung von Antiziganismus, Antisemitismus, antischwarzem Rassismus und antimuslimischem Rassismus mit Klassismus hin. So werden gerade Sinti:zze und Romn:ja, Muslim:innen und Schwarze Menschen nicht nur aufgrund ihrer zugeschriebenen ethnischen Zugehörigkeit oder Hautfarbe, sondern auch wegen ihrer oft auch sozial deprivierten Lage abgewertet. Es kommt zu einer intersektionalen Abwertung.
- Menschen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich nur marginal von der Berliner Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Allein ihr Leistungsstreben und ihr Hang zu Klassismus sind leicht geringer ausgeprägt, bei gleichzeitig etwas häufigeren Abwertungserfahrungen.

Insgesamt lassen die Ergebnisse der repräsentativen Befragung für Berlin auf eine beachtliche Verbreitung von Klassismus schließen. Den Analysen folgen, beruhen klassistische Einstellungen in erster Linie auf der Verinnerlichung eines dominanten Leistungsdenkens, wonach soziale Deprivation mit individuellem Scheitern zusammenhängt. Dabei wird vorausgesetzt, dass Chancengleichheit existiert und diese für alle Berliner:innen gilt. Diese Grundeinstellung hält die meisten Berliner:innen nicht davon ab, zu fordern, dass jede und jeder einen Grundstock an Mitteln und Ressourcen zur Verfügung haben sollte, um ihre/seine Grundbedürfnisse zu befriedigen. Diese an Bedürfnisgerechtigkeit orientierte Haltung gerät allerdings dann an ihre Grenzen, wenn sie mit dem Leistungsgedanken und den eigenen Ressourcen konfligiert. Vermutlich existieren Schwellenwerte, bis wohin man bereit ist Bedürfnisgerechtigkeit in den Vordergrund zu stellen. Sind diese aber überschritten, setzt das Leistungsdenken ein. Klassismus ist häufig mit Rassismus und Sexismus verzahnt und ist ein Problem, das im multikulturellen Berlin durchaus ernst zu nehmen ist und eine umfassende Auseinandersetzung sowie Strategien zu seiner Bekämpfung erfordert. So gilt es, nicht nur Menschen in prekären Lebenssituationen zu empowern und dem Bild und Narrativ entgegenzutreten, dass sie vor allem „selbst an ihrer Lage schuld sind“. Es gilt auch, Solidarität zu entfalten und an strukturellen Grundbedingungen zu arbeiten, die den Bedürfnissen aller gesellschaftlichen Gruppen gerecht werden.